

# Breite Front gegen Ministerin Schröder

Familienpolitiker gegen die Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger

löv. BERLIN, 16. Juli. Familienpolitiker der Opposition, aber auch der Koalition haben sich nachdrücklich dagegen ausgesprochen, das Elterngeld für Minijobber und Geringverdiener zu kürzen. Sie bezogen sich damit auf einen Referentenentwurf des Bundesfamilienministeriums, in dem dies vorgesehen ist. Wer wegen eines geringen Einkommens Hartz-IV-Geld erhält, für den sollte demnach das Elterngeld auf die staatliche Leistung angerechnet werden. Entsprechendes gälte auch für Minijobber. Damit wird der Beschluss des Bundeskabinetts aus der Sparklausur umgesetzt, wonach Hartz-IV-Bezüge mit dem Elterngeld verrechnet werden. Familienministerin Schröder sagte allerdings am Freitag, sie plane, eine Sonderregelung für die sogenannten Aufstocker zu finden und im Gesetz zu verankern. Dies habe allein aus

"technischen Gründen" noch nicht im Arbeitsentwurf verankert werden können, was während des parlamentarischen Verfahrens nachgeholt werden solle.

Bis zu dieser Erklärung am Nachmittag hatte sich allerdings bereits eine breite Front gegen die im Referentenentwurf vorgesehenen Regelungen gebildet. Das Ministerium hatte bis dahin nur gewundene Aussagen über einen entsprechenden Bericht in der "Süddeutschen Zeitung" gemacht. Die SPD-Familienpolitikerin Marks sprach von einem "zynischen" und "zutiefst unsozialen" Vorhaben, die Grünen-Vorsitzende Roth von einem "Anschlag auf die soziale Gerechtigkeit". Die familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Bär (CSU), sagte, das Elterngeld für Minijobber und Aufstocker müsse ebenso

erhalten bleiben wie das für die Familien mit einem Verdiener. Die stellvertretende FDP-Vorsitzende Gruß sprach von einem "völlig irrsinnigen" Vorschlag.

Dass das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger gestrichen wurde, war damit begründet worden, dass man bei zusätzlicher Zahlung den finanziellen Anreiz senke, eine Arbeit aufzunehmen. Eine Sprecherin der Familienministerin bekräftigte am Freitag, das sei "schmerzhaft, aber gerecht". Frau Schröder erklärte dann, die Regelung für Aufstocker und Minijobber hänge von der - noch ausstehenden - Neuregelung der Hartz-IV-Sätze und Freibeträge ab. Dann werde "eine passgenaue Regelung" gefunden werden, "um diejenigen nicht zu bestrafen, die versuchen, durch Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern".